

Finanzielle Auswirkungen:

Nein Ja

A) Direkte Finanzielle Auswirkungen durch Umsetzung der Maßnahme

		von:	bis:	Betrag	Produktnr.	Kto. / Inv.-Nr.
Ergebnishaushalt	Erträge					
	Aufwendungen	01.06.2021	Lfd.	10.000	3620 001	4421100
Finanzhaushalt (Inv.)	Einzahlungen					
	Auszahlungen					

Gesamtausgaben:	10.000
Eigenanteil Stadt:	10.000

B) Entstehen Folgekosten / Einsparungen nach der Umsetzung der Maßnahme?

Nein Ja

	von:	bis:	Jahresbetrag
Erg.-HH Erträge			
Erg.-HH Aufwand (ohne AfA)			
Erg.-HH Aufwand (AfA und Sopo)			

C) Auswirkungen auf den Stellenbedarf?

Nein Ja

Stellenausweitung: Stellenabbau: Wahrnehmung durch vorhandenes Personal:

D) Textfeld für weitere Erläuterungen zu A/B/C/E:

E) Mittelverfügbarkeit / Veranschlagung

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen

- in Höhe von für das Jahr
beim Produkt: unter der Kto. / Inv.-Nr. **zur Verfügung.**
- in Höhe von für das Jahr
beim Produkt: unter der Kto. / Inv.-Nr. **nicht zur Verfügung.**
- in Höhe von in der Planung für
beim Produkt: unter der Kto. / Inv.-Nr. **zur Verfügung.**

Begründung:

Wie bereits mündlich mitgeteilt, konnten bis zum 3. Mai 2021 die Wahlvorschläge für die Jugendparlamentswahl am 6. Juni eingereicht werden.

Insgesamt interessieren sich nunmehr 13 junge Emdler*innen für eine Mitarbeit im Jugendparlament. Die Satzung sieht 15 Sitze für das Jugendparlament vor.

In den bisherigen Terminen machten die Kandidaten*innen deutlich, dass sie eine Hauptursache in den Folgen und Auswirkungen der Pandemie sehen.

Bereits die erste Vorbereitungsphase, die für das Frühjahr 2020 vorgesehen war, verzögerte sich aufgrund der Pandemie und ihren Auswirkungen. So konnte die Auftaktveranstaltung mit etwa 40 Jugendlichen erst im Herbst, am 8. September 2020, durchgeführt werden. Zwar verspätet, aber wie vorgesehen, konnten dann im Anschluss die vorgesehenen Workshops (z.B. zum Thema Moderationstechniken) veranstaltet und ein Planungszirkel (z.B. zur Erarbeitung der Satzung) sowie ein Begleitausschuss (Vertreter*innen aus Rat, Verwaltung sowie interessierte Erwachsene) eingerichtet werden.

Begleitet wurde der gesamte Prozess von der Firma „Planen mit Phantasie“, die auf die Einrichtung von Jugendparlamenten und Beteiligungsstrukturen spezialisiert ist.

Ursprünglich waren die Beschlussfassung über die Satzung sowie die Wahlordnung im Jugendhilfeausschuss und im Rat der Stadt Emden für Ende des Jahres 2020 vorgesehen.

Durch die zweite Corona-Welle verzögerte sich die Beschlussfassung und konnte erst am 18. März 2021 in den Rat gehen

Um die ersten Wahlen eines Jugendparlaments in Emden nicht mit den anstehenden Kommunal- und Bundestagswahlen, die für den September vorgesehen sind, zu verschmelzen, sollten die Wahlen noch vor der Sommerpause durchgeführt werden.

Ausblick:

Das Jugendparlament der Stadt Emden soll in Absprache mit den gemeldeten Kandidaten*innen nun zunächst als einjähriges Start-up die Arbeit aufnehmen.

Das ist der gemeinsame Vorschlag der Jugendlichen in Abstimmung mit der Verwaltung.

Zur Zeit finden 14-tägige Termine mit den Kandidaten*innen und Vertreter*innen aus verschiedenen Verwaltungseinheiten statt, um die Jugendlichen bei der Aufnahme ihrer Gremienarbeit in den vor ihnen liegenden Monaten zu begleiten.

Nach Beschlussfassung des Rates nimmt das Start-up Jugendparlament als ein vom Rat namentlich gewähltes Gremium die Arbeit mit sämtlichen Rechten und Pflichten auf (z. B. Teilnahme an Ausschüssen).

Dem Jugendparlament wird im Zentrum für junge Menschen Alte Post ein Büro zur freien Verfügung gestellt. Mitarbeiter*innen des FD Jugendförderung und des FD Verwaltungsdienste begleiten die jungen Emdler*innen.

Alle Beteiligten sehen das Start-up-Jahr als Chance, die beschlossene Satzung und die Arbeit des Jugendparlaments zu erproben, in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und zu evaluieren, um nachhaltig ein Gremium für die Beteiligung und Partizipation der nachfolgenden Generationen in der Stadt Emden zu verankern.

Auswirkungen auf den Demografieprozess:

Zielgruppe bei der Einrichtung eines Jugendparlaments Jugendliche und junge Heranwachsende. Damit wird dem 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung gefolgt, der unter der Prämisse „Jugend ermöglichen“ die Defizite herausgearbeitet hat, die diese Altersgruppe kennzeichnen. Im Wesentlichen werden in dem Bericht neben der Qualifizierung, die Aufgaben Selbstpositionierung und der Verselbstständigung thematisiert. Ein zentraler Ansatzpunkt für diese jugendpolitische Strategie ist dabei die Beteiligung junger Menschen.

Der gerade erschienene 16. Kinder- und Jugendbericht konkretisiert diese Aufgabe, in dem er die politische Bildung an zentraler Stelle behandelt. Als ein zentrales Ziel wird benannt, dass „eine fundierte politische Bildung in Verbindung mit wirkungsvollen Beteiligungsmöglichkeiten (dazu beiträgt), junge Menschen für die Demokratie zu gewinnen und zu befähigen. Beteiligung überall dort, wo junge Menschen aufwachsen, ist ein zentrales und unverzichtbares Prinzip.“

Die Verbindung zu den anderen demografischen Gruppen wird damit mitgedacht. Nur in der Auseinandersetzung in der gesamten Gesellschaft kann die Jugend ihre Ziele benennen und wertvolle Positionen einbringen, die einen Zugewinn für Erwachsene, Kinder, Senioren – also für alle Formen des Zusammenlebens in Institutionen, Politik und Verwaltung eröffnet.

Anlagen:

- Liste der Mitglieder